



Fachforum Partizipation und Transparenz

# PARTIZIPATIVES AGENDA-SETTING

GESELLSCHAFT AN FORSCHUNG UND INNOVATION BETEILIGEN



## INHALTSVERZEICHNIS

	<b>DAS HIGHTECH-FORUM</b>	2
	<b>FACHFORUM PARTIZIPTATION UND TRANSPARENZ</b>	3
<b>1</b>	<b>GRUNDLAGEN VON PARTIZIPATION IN FORSCHUNG UND INNOVATION</b>	4
<b>2</b>	<b>BLICK IN DIE AKTUELLE PRAXIS</b>	9
<b>3</b>	<b>GUTE RAHMENBEDINGUNGEN FÜR PARTIZIPATIVE POLITIKFORMULIERUNG</b>	12
<b>4</b>	<b>ERFOLGSVORAUSSETZUNGEN FÜR PARTIZIPATIVES AGENDA-SETTING</b>	18
<b>5</b>	<b>MEILENSTEINPLAN FÜR PARTIZIPATIVES AGENDA-SETTING</b>	19
	Mitwirkende	22



## DAS HIGHTECH-FORUM

Als innovationspolitisches Beratungsgremium begleitet das Hightech-Forum seit Anfang 2015 die Umsetzung und Weiterentwicklung der Hightech-Strategie der Bundesregierung.

Dem Gremium gehören 20 hochrangige Mitglieder aus Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Wissenschaft an. Ihr Wirken im Hightech-Forum ermöglicht eine integrierte Perspektive auf die deutsche Forschungs- und Innovationspolitik. Gemeinsam legt das Hightech-Forum zentrale Empfehlungen für eine zukünftige Innovationspolitik vor.

In acht Fachforen erarbeiten die Mitglieder zudem weitergehende Empfehlungen zu innovationspolitischen Querschnittsaufgaben und prioritären Zukunftsfeldern.

Die vorliegende Publikation ist ein Ergebnispapier des Fachforums ‚Partizipation und Transparenz‘. Das Papier gibt die Meinung des Fachforums wieder und stellt nicht zwangsläufig die Meinung aller Mitglieder des Hightech-Forums dar.

## FACHFORUM PARTIZIPATION UND TRANSPARENZ

Die Einbindung der Gesellschaft in die Ausarbeitung von förderpolitischen Programmen steht vermehrt im Fokus politischer Entscheidungsträger. In der Hightech-Strategie wird etwa Agenda-Setting-Prozessen das Potenzial zugeschrieben, „eine neue Qualität der Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft über die gesamte Innovationskette hinweg“ zu ermöglichen. Das Fachforum ‚Partizipation und Transparenz‘ hat es sich zur Aufgabe gemacht, Empfehlungen für Partizipationsverfahren zur Einbindung der Gesellschaft in den Prozess der Politikformulierung für Forschung und Innovation (FuI) zu entwickeln.

Das Fachforum suchte zu Beginn den Austausch mit ausgewählten Expertinnen und Experten aus der Partizipationsforschung und der Technikfolgenabschätzung, um zu erörtern, wie sich die Gesellschaft besser an der Gestaltung von FuI beteiligen kann. Zudem berichteten Expertinnen und Experten aus den Bereichen Wissenschaftskommunikation und Stadtentwicklung aus ihrer Praxis. In einem zweiten Schritt wurden die Ergebnisse in einem Fachgespräch mit politischen Entscheidungsträgern aus verschiedenen Ministerien und Projektträgern vertieft, um konkrete Empfehlungen zu erarbeiten.

Das Fachforum möchte zu einer zukünftigen Gesamtstrategie von gesellschaftlicher Partizipation in FuI beitragen – und zwar:

- mit der Sensibilisierung für mögliche Innovationseffekte durch gesellschaftliche Partizipation in Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Gesellschaft (vgl. Kapitel 1);
- mit der Definition zentraler Begrifflichkeiten und einem Blick in die aktuelle Praxis, die eine Vertiefung der aktuellen Diskussion um Chancen und Risiken gesellschaftlicher Einbindung in FuI (vgl. Kapitel 1 und 2) ermöglichen;
- mit Handlungsempfehlungen für gute Rahmenbedingungen für partizipative Politikformulierung (vgl. Kapitel 3);
- mit Handlungsempfehlungen und einen Meilensteinplan zur erfolgreichen Umsetzung partizipativen Agenda-Settings (vgl. Kapitel 4 und 5).



# 1 GRUNDLAGEN VON PARTIZIPATION IN FORSCHUNG UND INNOVATION

## Die Bedeutung gesellschaftlicher Partizipation

Innovationen entstehen aus neuen Erkenntnissen in der Wissenschaft und guten Ideen in Wirtschaft und Gesellschaft. Ein attraktiver Forschungs- und Innovationsstandort basiert auf einem offenen Austausch zwischen dem öffentlichen und privaten Sektor, zwischen Wirtschaftsunternehmen und wissenschaftlichen Institutionen, aber auch mit der Zivilgesellschaft. Partizipation in Wissenschaft und Wissenschaftspolitik birgt daher unterschiedliche Potenziale für Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Gesellschaft. Die wichtigsten möglichen Vorteile werden im Folgenden vorgestellt:

### GESELLSCHAFTLICHE RELEVANZ VON FORSCHUNG UND INNOVATION BERÜCKSICHTIGEN

Das wissenschaftliche Reputationssystem berücksichtigt aufgrund seines hohen fachlichen Spezialisierungsgrades vor allem erkenntnisorientierte und technologische Indikatoren, wie bspw. Publikationen und Patente. Es berücksichtigt weniger, inwieweit konkrete und damit absehbare gesellschaftliche Bedarfe erforscht werden. Partizipationsmodelle können Anreize schaffen, um die gesellschaftliche Nachfrage in geeignete Phasen des FuI-Prozesses einfließen zu lassen und so in diesem Bereich zu einem intensiveren Austausch zwischen Wissenschaft und Gesellschaft beizutragen.

### POLITISCHE ENTSCHEIDUNGSBASIS AUSWEITEN

Bei hoher Zustimmung zum politischen System in Deutschland insgesamt treten neben die traditionellen Partizipationsformen der repräsentativen Demokratie neue Formate. Sinkende Wahlbeteiligung und die rückläufigen Mitgliedszahlen der etablierten, moderaten politischen Parteien befördern Überlegungen, welche andere Formen der Beteiligung eine sinnvolle Ergänzung des bestehenden politisch-repräsentativen Systems darstellen können. Partizipationsverfahren bieten die Chance, auf einem zusätzlichen Weg gesellschaftlich relevante Aspekte in die Politikformulierung und in die Ausarbeitung förderpolitischer Maßnahmen einfließen zu lassen. Die Wissensbasis der politischen Entscheidungsträger kann so erweitert und die Zielgenauigkeit und Wirksamkeit politischer Vorhaben erhöht werden.

### INNOVATIONSFÄHIGKEIT AUSBAUEN: WISSEN NUTZEN, INTERESSE WECKEN

Das Wissen in der Gesellschaft – jenseits der in hochspezialisierten Forschungsprozessen eingebundenen fachlichen Expertise – birgt Innovationspotenzial. Gesellschaftliche Partizipationsprozesse können helfen, dieses Potenzial zu heben. Bürgerinnen und Bürger können neben ihren spezifischen Kenntnissen und ihrem Nutzerwissen auch berufliches Wissen, persönliche Meinungen und moralische Einschätzungen einbringen. Gleichzeitig können Partizipationsverfahren auch Lernformate sein, die das Interesse für Forschung und Innovation wecken und vertiefen und so die Innovationsoffenheit der Gesellschaft stärken. Überdies kann die Einbindung der Gesellschaft in transdisziplinäre Forschungsprozesse Innovationsabläufe beschleunigen und von Beginn an das gemeinsame Problemverständnis und Verantwortungsgefühl stärken.

## POTENZIALE GESELLSCHAFTLICHER PARTIZIPATION IN FORSCHUNG UND INNOVATION – GELISTET NACH ZIELGRUPPEN

### Für die Forschung

- Wissenschaft kann gesellschaftliche Impulse für neue Forschungsfragen sowie Zugang zu anderen Wissensbeständen, wie dem Wissen der Vielen, erhalten.
- Partizipation kann Akzeptanz für und Vertrauen in Wissenschaft steigern und Interesse an Forschung wecken.
- Gesellschaftliche Bedarfe können früh in die Entwicklung einfließen und so die gesellschaftliche Relevanz und Passgenauigkeit von Forschung erhöhen.

### Für die Politik

- Partizipation kann die Umsetzbarkeit und Wirksamkeit politischer Vorhaben erhöhen.
- Politik kann gesellschaftliche Impulse für die Politikformulierung erhalten und so die Nutzerrelevanz der FuI-Politik erhöhen.
- Partizipation kann Entscheidungen nachvollziehbar machen.
- Partizipation kann neue Formen der Willensbildung unterstützen.

### Für die Gesellschaft

- Gesellschaft kann Bedarfe in den Wissenschaftsbetrieb einbringen und Lösungen für gesellschaftliche Herausforderungen mitgestalten, so dass politische Lösungen passgenauer werden.

- Strukturen und Kompetenzen zu forschungspolitischen Themen, bspw. zur Kommunikation und fachlichen Beratung, können in der Zivilgesellschaft gestärkt werden.

- Die Zivilgesellschaft kann durch den Austausch zwischen politischen Entscheidungsträgern und Gesellschaftsvertretern und den daraus entstehenden interdisziplinären, sektorübergreifenden Netzwerken gestärkt werden.

- Partizipation kann Interesse an Wissenschaft und Forschung wecken, Talente fördern und wissenschaftliche Kenntnisse vermitteln.

- Partizipation kann die Verantwortung der Zivilgesellschaft für Herausforderungen stärken, die nur gemeinsam mit allen gesellschaftlichen Gruppen zu bewältigen sind.

### Für die Wirtschaft und ihre Unternehmen

- Unternehmen können in einen interdisziplinären Austausch treten und wertvolle Erkenntnisse über gesellschaftliche Bedarfe gewinnen und so die diesbezügliche Innovationskraft der Wirtschaft stärken

- Unternehmen können partizipative Instrumente mit Elementen ihrer CSR-Strategie verknüpfen, um ein positives Unternehmensbild zu vermitteln und die Identifizierung mit dem Unternehmen sowie die Kundenbindung zu stärken.



## Balance von Forschungsfreiheit und Partizipation

### AUTONOMIE ALS VERFASSUNGSGRUNDSATZ

Das Grundgesetz begründet mit dem Artikel 5 das Prinzip der freien Wissenschaft in Forschung und Lehre. Aus ihm leitet sich ein zu schützender Freiraum für die Wissenschaft ab: Forscherinnen und Forscher sind frei in der Wahl ihrer Themen und Methoden. Dabei geht es unter anderem darum, Wissenschaft vor dem Zugriff und der Indienstnahme durch einzelne politische Richtungen und partikulare Kräfte zu schützen.

### GELEBTE PRAXIS: RAHMENBEDINGUNGEN UND FINANZIERUNG

Die durch die Verfassung geschützte Freiheit der Forschung erfährt in Theorie und Praxis Einschränkungen. Demokratische und rechtliche Rahmenbedingungen setzen Grenzen, zum Beispiel durch gesetzliche und verfassungsrechtliche Regelungen. In der Praxis unterliegt die Forschungsfreiheit zudem steuerungs- und förderpolitischen Einschränkungen. Der steigende Anteil themengebundener Finanzierungsmodelle, insbesondere durch öffentliche und private Drittmittel, und der Trend zur Profilbildung im Hochschulbereich nehmen Einfluss auf die Themen in der Forschung.

### VORHANDENER EINFLUSS GESELLSCHAFTLICHER GRUPPEN

Bei der Formulierung der Forschungsagenden findet ein intensiver Aushandlungsprozess zwischen Politik, Wirtschaft und Wissenschaft statt. So wirken in Hochschulräten und Senaten außeruniversitärer Forschungseinrichtungen auch Stakeholder der Wirtschaft und des öffentlichen Lebens mit. Auch die organisierte Zivilgesellschaft setzt sich zunehmend ein. Zudem nutzt die Forschungspolitik bereits verschiedene Formen der Bürgerbeteiligung. Die Art des Einflusses und das Gewicht einzelner gesellschaftlicher Gruppen sind jedoch nur schwer zu ermitteln. Eine einheitliche Gesamtstrategie und übergreifende Qualitätskriterien fehlen.

### ANSPRUCH UND GRENZEN GESELLSCHAFTLICHER MITSPRACHE

Wissenschaft und Forschung sind Teil der Gesellschaft. Staatliche Hochschulen und andere wissenschaftliche Einrichtungen werden zu einem Großteil von der öffentlichen Hand finanziert – die Gesellschaft hat daher einen Anspruch auf Informationen (Mittelverwendung, Ergebnisse). Mittels Gesetzgebung und Programmgestaltung hat sie Einfluss auf die Rahmenbedingungen von Forschung.

Die Freiheit der Forschung ist jedoch zugleich Voraussetzung für die Entdeckung des wirklich Neuen und für die Generierung völlig neuer Anwendungshorizonte, die auch der Gesellschaft noch unbekannt sind. Die Suche nach grundlegend neuen Erkenntnissen darf nicht von Beteiligungserwartungen eingeschränkt werden oder einem politisch formulierten Zweck unterworfen sein – auch keinem vermeintlich gesellschaftlich gewollten.

Ein breiter Aushandlungsprozess über die Anwendung der wissenschaftlichen Erkenntnisse schließt sich an, in dem neben wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Argumenten auch ethische, moralische, politische und ökologische Aspekte einfließen müssen.

## Auswahl der Akteure

### GESELLSCHAFT BETEILIGEN! ABER WEN?

Die Einbindung der Gesellschaft in die Ausarbeitung und Umsetzung von förderpolitischen Programmen und Projekten steht vermehrt im Fokus politischer Entscheidungsträger, z. B. auf Bundes- und EU-Ebene. Ministerien und Forschungseinrichtungen haben bereits mit einzelnen partizipativen Agenda-Setting-Prozessen erste Erfahrungen gesammelt. Involviert werden zumeist verschiedene Akteure und Gruppen, wie einzelne Bürgerinnen und Bürger, Nicht-Regierungs-Organisationen (NGOs), Stiftungen, Vereine oder Interessenvertretungen und auch Kommunen oder Verbände.

### WER IST DIE ZIVILGESELLSCHAFT?

Der Begriff ‚Zivilgesellschaft‘ hat seinen Ursprung in der Bürgergesellschaft, ihm liegt die Annahme einer das öffentliche Leben selbst gestaltenden Gesellschaft zugrunde. Heute subsumiert sich unter dem Begriff ‚Zivilgesellschaft‘ eine Vielzahl gemeinnütziger Engagementformen in unterschiedlichsten Tätigkeitsfeldern. Eine repräsentative Abbildung der Gesellschaft ist mit diesem Terminus nur schwer zu erreichen. Gelingt es jedoch, die unterschiedlichen Positionen und Argumente in der Gesellschaft durch kompetente, advokatorische Repräsentanten zu besetzen, lässt sich die gesellschaftliche Pluralität durchaus abbilden.

Innerhalb der Zivilgesellschaft lässt sich das individuelle Engagement Einzelner von dem organisiertem Engagement zivilgesellschaftlicher Organisationen abgrenzen. Das Konzept der organisierten Zivilgesellschaft bezieht formale Organisationsformen (Vereine, Verbände, Gewerkschaften oder Stiftungen) sowie informelle Zusammenschlüsse (soziale Bewegungen, Projekte oder Netzwerke) ein.<sup>1</sup> Darüber hinaus gibt es auch Mischformen, in denen staatliche Akteure gesellschaftliche Interessen vertreten. Dazu zählen gewählte Personen, wie beispielsweise Abgeordnete oder Vertreterinnen und Vertreter von repräsentativen Gremien – etwa von Glaubensgemeinschaften oder Gewerkschaften.

## Phasen von Partizipation

Der Forschungs- und Innovationsprozess kann in drei Phasen unterteilt werden:

- 1 Konzeption,
- 2 Forschungs- und Entwicklungsprozess und
- 3 Transfer, Verwertung und Vermarktung.

In die ersten Phase, die Konzeption, fällt die Formulierung von Forschungsinhalten und -agenden. Zu unterscheiden ist zwischen wissenschaftlichen und forschungspolitischen Agenden. Wissenschaftliche Forschungsagenden werden innerhalb des Wissenschaftssystems von den Forschenden und ihren Organisationen selbst definiert und ausgehandelt. Forschungspolitische Agenden werden durch die zustän-

<sup>1</sup> Vgl. ZiviZ-Survey 2012: Zivilgesellschaft verstehen. Dr. Holger Krimmer, Jana Priemer. Berlin: November 2012.





digen Ministerien auf Bundes- und Landesebene herausgearbeitet. Sie definieren zum einen langfristige, strategische Rahmenbedingungen des Wissenschaftssystems und setzen zum anderen inhaltliche Schwerpunkte für konkrete Programmförderungen.

#### PHASEN VON PARTIZIPATION IN FORSCHUNG UND INNOVATION SOWIE FOKUS DES FACHFORUMS<sup>2</sup>

- Fokussierung auf die **forschungspolitische** Ebene zum Austausch über
  - **grundsätzliche strategische Fragestellungen** (z. B. ZukunftsForen, BMBF-Bürgerdialog, Hightech-Forum) oder über
  - **konkrete inhaltliche Schwerpunktsetzung beim Agenda-Setting** von Förderprogrammen mit dem Ziel, gesellschaftliche Bedarfe bei der Gestaltung von Forschungsagenden einfließen zu lassen (z. B. FONAZ, Nationale Klimaschutzinitiative, Crowd-Funding-Projekte, wie Science-Starter oder das CRIS-Projekt der Ludwig-Boltzmann-Gesellschaft);
- auf die **wissenschaftliche Ebene** innerhalb des Wissenschaftssystems.
- Fokussierung auf die **Forschungs-Ebene** mit dem Ziel, Bürgerinnen und Bürger in die Forschung oder in Innovationsprozesse einzubinden (z. B. Projekte der Bürgerwissenschaften oder der Wettbewerb Zukunftsstadt).
- Fokussierung auf die **Transfer-Ebene** mit der Absicht, wichtige Forschungsergebnisse im Dialog mit der Gesellschaft zu erläutern und zu vermitteln (Wissenschaftsjahre, Wissenschaftsläden, Civic-University-Konzepte);
- Fokussierung auf die **Verwertungs-Ebene** mit dem Ziel, durch die Integration gesellschaftlicher Bedarfe und Interessen wissenschaftliche Erkenntnisse besser in Wirtschaft, Gesellschaft und Politik anwenden zu können (z. B. Fraunhofer-Projekt zum Autonomen Fahren)

### Forschungspolitisches Agenda-Setting als primäres Handlungsfeld

Die folgenden Empfehlungen des Fachforums fokussieren auf das forschungspolitische Agenda-Setting in der Konzeptionsphase des FuI-Prozesses. Sie greifen Partizipationsverfahren für die konkrete, inhaltliche Ausgestaltung von Förderprogrammen als auch partizipative Verfahren zur langfristig strategischen Schwerpunktsetzung in der Forschungs- und Innovationspolitik auf.

<sup>2</sup> Eigene Darstellung angelehnt an: BMBF: Grundsatzpapier des Bundesministerium für Bildung und Forschung zur Partizipation. Berlin 2016.

## 2 BLICK IN DIE AKTUELLE PRAXIS

Mit diesem Papier legt das Fachforum anwendungsorientierte Handlungsempfehlungen mit Blick auf die Erarbeitung von Partizipationsverfahren vor, die von der Exekutive zur Konzeption von Forschungsprogrammen genutzt werden können. Um die Anschlussfähigkeit der Vorschläge zu gewährleisten, untersuchte die Arbeitsgruppe in verschiedenen Expertenkonsultationen den aktuellen wissenschaftlichen Stand sowie die politische Praxis gesellschaftlicher Einbindung in die Politikformulierung. Unter anderem wurden Fachgespräche mit Ministerien und Projektträgern geführt, die durch eine Literaturanalyse vor- und nachbereitet wurden. Eine Übersicht aller Mitwirkenden finden sich auf Seite 23 und 24.

### Partizipationsformate auf Bundesebene

Die Einbindung gesellschaftlicher Akteure in die Ausarbeitung und Umsetzung von förderpolitischen Programmen und Projekten wird vermehrt von politischen Entscheidungsträgern auf Bundes- und EU-Ebene fokussiert.<sup>3</sup> Auf europäischer Ebene wurden bereits längerfristig Erfahrungen (in der Programmerstellung und -förderung) gesammelt.

Deutsche Ministerien und Forschungseinrichtungen haben bereits mit partizipativen Agenda-Setting-Prozessen erste Erfahrungen gemacht. Grundsätzlich lassen sich zwei Arten unterscheiden: Zum einen Partizipationsverfahren für grundsätzliche, strategische Fragestellungen, die dazu dienen, einen langfristigen, mittelbaren Effekt auf die Politikformulierung aufzuweisen. Davon abzugrenzen sind zum anderen Partizipationsformate für konkrete, unmittelbare Schwerpunktsetzungen in Forschungsprogrammen, bei denen die erhaltenen gesellschaftlichen Impulse in die unmittelbare Ausgestaltung der Politikformulierung einfließen.

Grundsätzliche strategische Fragestellungen greifen zum Beispiel die Bürgerdialoge der Bundeskanzlerin auf. In diesem Format werden mit Bürgerinnen und Bürgern langfristige Zukunftsszenarien besprochen. Ein ähnliches Konzept setzt das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) mit den ZukunftsForen um. Die unmittelbare Politikformulierung ist davon abzugrenzen. Hier unterstützen zivilgesellschaftliche Akteure die Ausarbeitung von konkreten Programmen und Förderrichtlinien. Beispiele dafür sind der Wettbewerb Zukunftsstadt (des BMBF) oder die Forschungswende Energie (des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie, BMWi).

<sup>3</sup> Das Ziel, den Austausch der Wissenschaft mit der Gesellschaft zu stärken, ist u. a. in der Hightech-Strategie, im Koalitionsvertrag der derzeitigen Bundesregierung, im Pakt für Forschung III oder dem Positionspapier des Wissenschaftsrates „Zum wissenschaftspolitischen Diskurs über große gesellschaftliche Herausforderungen“ verankert.

Partizipation in der Konzeption von Forschungsagenden

Partizipation in der Forschung

Partizipation im Transfer



## Wozu wird Gesellschaft eingebunden?

In den Fachgesprächen wurde wiederholt die Verbesserung der politischen Steuerungsmaßnahmen als Motiv für die partizipative Politikformulierung genannt. Indem neue, gesellschaftlich relevante Aspekte bei der Ausarbeitung förderpolitischer Maßnahmen berücksichtigt würden, verbreiterte sich die Entscheidungsgrundlage der Exekutive. Des Weiteren sollten die gesellschaftlichen Strukturen und Kompetenzen zu technologischen und innovationspolitischen Themen (Capacity Building) gestärkt werden. Außerdem solle ein enger Austausch zwischen politischen Entscheidungsträgern sowie Vertreterinnen und Vertretern der Gesellschaft etabliert werden, indem neue interdisziplinäre, sektorenübergreifende Netzwerke zu initiieren sind (Community Building).

## Wer wird eingebunden?

Bei der Ausarbeitung politischer Fördermaßnahmen greifen die Ressorts traditionell auf die Expertise von Wissenschaft und Wirtschaft sowie von gesellschaftlichen Institutionen wie Gewerkschaften und Kirchen zurück, z. B. durch deren Mitarbeit in Programmbeiräten oder Kommissionen. Ein Blick in die Praxis zeigt, dass die Einbindung von Bürgerinnen und Bürgern im Agenda-Setting nicht im selben Umfang geschieht. Vorreiter ist hier das Politikfeld der Nachhaltigkeit, in dem nicht-staatliche Gruppen, wie Interessenvertretungen, Handwerksverbände, und Kommunen intensiv an der Ausarbeitung politischer Programme beteiligt sind.

Wird Gesellschaft auf der Agenda-Ebene eingebunden, so geschieht dies vor allem durch den Dialog mit Stiftungen oder mit den Dachorganisationen der Nicht-Regierungs-Organisationen (NGOs), wie BUND oder NABU. Einzelpersonen werden eher bei Partizipationsformaten der Strategie-Ebene beteiligt, bei denen langfristige, zukunftsorientierte Fragestellungen im Mittelpunkt stehen. Mit Partizipationsformaten in diesem Bereich befasst sich vor allem das BMBF, das in einem Grundsatzpapier die partizipative Politikformulierung für sich zur Guten Praxis erklärt hat.<sup>4</sup> Zukünftig sollen Programme und Fördermaßnahmen aus diesem Ressort in einem stärkeren Austausch mit der Gesellschaft entstehen. Pilotprojekte gibt es etwa im Bereich der Bioökonomie und der nachhaltigen Stadtplanung.

Gut vernetzten und etablierten Organisationen gelingt es wirksamer, ihre Positionen in den Prozess einzubringen. Gründe dafür sind die längere Erfahrung in der Zusammenarbeit mit politischen Entscheidungsträgern und die umfangreichere Ressourcenausstattung größerer Organisationen.

Zum Thema Bürgerbeteiligung in der Bioökonomie, siehe auch die Publikationen des Fachforums ‚Nachhaltiges Wirtschaften‘ [www.hightech-forum.de](http://www.hightech-forum.de)

<sup>4</sup> vgl. BMBF: Grundsatzpapier des Bundesministerium für Bildung und Forschung zur Partizipation. Berlin 2016.

Gesellschaftliche Organisationen, die aufgrund ihrer spezifischen Haltung und Gegenexpertise ausgewählt wurden, folgten nicht immer der Einladung zur Partizipation, da eine Scheinbeteiligung befürchtet wurde. Die eingebundenen Akteure entstammen häufig eher einer intrinsisch motivierten Fachöffentlichkeit. Die Partizipation eines breiteren Ausschnitts der Gesellschaft gelingt nach Auskunft der Konsultierten nicht immer. Grund dafür ist häufig ein mangelndes Interesse nicht unmittelbar involvierter Personen.

## Welches Wissen wird eingebracht?

Auf der Agenda-Ebene wurde vorrangig gesellschaftliches, kontextbezogenes Fachwissen, Anwendungswissen und das Wissen von Betroffenen abgefragt. Die erhaltenen Impulse waren nicht repräsentativ und oft interessengeleitet, da die Partizipation teilweise gering war und dem Verfahren themenbedingt oft keine repräsentative oder advokatorische Akteursauswahl zugrunde lag.

## Welche Partizipationsformate werden genutzt?

Oft fanden zweistufige Partizipationsformate Verwendung. Im ersten Schritt wurde im Rahmen von Fachgesprächen ein Themenfeld entwickelt. Im zweiten Schritt wurden das Themenfeld oder einzelne Fragen mit zivilgesellschaftlichen Akteuren vertieft. Punktuell wurden Umfragen durchgeführt, um die Diskussion mit weiteren Meinungsbildern anzureichern.

Online-Formate ergänzten häufig Präsenztreffen bei Partizipationsformaten der Strategie-Ebene. Klassische Web-Angebote, wie Internetseiten oder Intranets, wurden genutzt, um über Prozesse zu informieren oder diese zu dokumentieren. Interaktive Online-Elemente, wie Webinare oder offene Web-Foren, fanden selten Verwendung. Die Nutzerzahlen blieben auch bei offenen Formaten und trotz Akquisitionsbemühungen im Verhältnis zu den Erwartungen eher gering.

Während auf der Strategie-Ebene mit neuen Formaten und Online-Angeboten experimentiert wurde, wurden für die Agenda-Ebene eher klassische Konsultationsinstrumente genutzt, zu denen vermehrt gesellschaftliche Akteure eingeladen wurden.

## ● ● ● Fazit

Einzelne Forschungsprogramme wurden unter Einbezug gesellschaftlicher Gruppen entwickelt. Insgesamt ergibt sich auf Bundesebene ein heterogenes Bild an Partizipationsformaten – vergleicht man die Ziele, den Partizipationsgrad und die eingebunden Akteure. Eine ressortübergreifende Gesamtstrategie ist nicht zu erkennen.



### 3 GUTE RAHMENBEDINGUNGEN FÜR PARTIZIPATIVE POLITIKFORMULIERUNG

#### Entscheidungsmacht: Konsultation im Vorfeld von Entscheidungen

Partizipative Formate bieten sich in erster Linie im Konzeptions- und Vorbereitungsprozess von größeren, langfristig angelegten Förderprogrammen an, die sich z. B. auf kontroverse Anwendungsfelder oder Themen der staatlichen Vorsorge beziehen. Um politisch die richtigen Weichen für eine zukunfts- und wettbewerbsfähige Wissenschaft und deren Anwendung zu stellen, sind wissenschaftliche, wirtschaftliche und gesellschaftliche Aspekte zu berücksichtigen. Ziel der partizipativen Politikformulierung ist dabei nicht, demokratisch nicht-legitimierte Akteure entscheiden zu lassen, was erforscht und entwickelt werden soll. Vielmehr geht es darum, die Entscheidungsgrundlage der Exekutive für Ful-politische Maßnahmen auszuweiten und verschiedene Handlungsoptionen und gesellschaftliche Bedarfslagen aufzuzeigen und zu erörtern, um somit die Passgenauigkeit der Steuerungsmechanismen zu erhöhen. Die finale Entscheidung über die Ful-Politik liegt – wie oben ausgeführt – bei der Exekutive bzw. Legislative. Dieses Mandat schließt auch ein, bestimmen zu können, zu welchen Themen und in welchem Maß (Information, Konsultation, Kooperation, Integration) Gesellschaft eingebunden werden soll. Diese Voraussetzungen im Partizipationsverfahren sind den Beteiligten gegenüber klar zu kommunizieren.

#### Partizipation vorausschauend, präventiv und proaktiv einsetzen

Partizipation sollte proaktiv und vorausschauend angelegt sein. Sie zielt auf den Transfer substanzieller, gesellschaftlicher Beiträge in die Wissenschaftspolitik ab. Partizipation ist explizit nicht dazu geeignet, im Nachgang zum politischen Entscheidungsprozess Akzeptanz für bereits getroffene Entscheidungen zu beschaffen. Sie zu diesem Zweck einzusetzen, widerspricht dem Kernanliegen von Partizipation.

#### Innovative und digitale Instrumente nutzen

E-Participation, d.h. Partizipationsverfahren mittels digitaler Instrumente, bietet für die Einbeziehung unterschiedlicher Gruppen bislang nicht hinreichend wahrgenommene Chancen: Zum einen ermöglichen digitale Instrumente neue Formen des Austauschs, die neue Interaktionsräume und Netzwerke eröffnen. Durch Online-Videoübertragung oder Live-Chats können sich beispielsweise Personen aus unterschiedlichen Teilen der Welt an einer Veranstaltung oder einer Diskussion beteiligen. Zum anderen bieten digitale Instrumente neue Formen der Wissensgenerierung. Online-Fragebögen oder Einträge auf

Plattformen können in kurzer Zeit neue Wissensbestände schaffen – vorausgesetzt, es gelingt eine breite Mobilisierung. Allerdings erfordert die Nutzung von digitalen Instrumenten Vorkenntnisse, Moderation und Infrastrukturen, die nicht allen Bevölkerungsgruppen gleichermaßen zur Verfügung stehen. Zielführend sind daher hybride Strukturen, die fallbasiert digitale und nicht-digitale Elemente kombinieren. Dazu können permanente und standardisierte Verfahren zur Einbindung von Zivilgesellschaft ebenso zählen wie eine punktuelle, themenspezifische Einbindung.

#### Anschlussfähigkeit der Ergebnisse gewährleisten

Die Ergebnisse der partizipativen Konsultation müssen sich in den politischen Prozess integrieren lassen. Dies stellt die Vertreterinnen und Vertreter aus Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft vor die Herausforderung, ihre Expertise und entsprechende Stellungnahmen zu einem bestimmten Zeitpunkt bereitzustellen, obwohl sie hinsichtlich der Dauer ihrer Meinungsbildungsprozesse, ihrer Ressourcenausstattung und Entscheidungsmechanismen zumeist sehr unterschiedlich organisiert sind. Dieser Heterogenität in den jeweiligen Statusgruppen sollte bei der Planung Rechnung getragen werden, indem allen Beteiligten ausreichend Zeit eingeräumt und ein besonderes Augenmerk auf die Überwindung von Wissensasymmetrien gelegt wird.

#### Zivilgesellschaft stärken, Anerkennungskultur schaffen

Eine neue Partizipationskultur in der Wissenschaftspolitik stellt neue Anforderungen an die gesellschaftlichen Organisationen. Die Beratung forschungspolitischer Entscheidungsträger stellt eine Herausforderung auf organisatorischer und inhaltlicher Ebene – und nicht zuletzt hinsichtlich der dafür notwendigen Ressourcen dar. Die Unabhängigkeit der zivilgesellschaftlichen Organisationen darf durch eine öffentliche Finanzierung nicht infrage gestellt sein.

Die Förderung und Unterstützung zivilgesellschaftlichen Engagements kann insbesondere durch Mitglieder aus der Mitte der organisierten Zivilgesellschaft, wie etwa Stiftungen und Verbände, ermöglicht werden, um so einen Teil der Mittel für partizipationsbegründete Aufgaben zivilgesellschaftlicher Organisationen zur Verfügung zu stellen. Dort, wo die öffentliche Hand selbst Beratung auf dem Wege der Partizipation einfordert, könnte sie in begrenztem Maße und projektbezogen eine entsprechende Förderung in Betracht ziehen. So könnte die Bundesregierung beispielsetzend eine angemessene Reisekosten- und Aufwandsentschädigung für die Mitwirkung an der Erarbeitung von Programm- und Förderrichtlinien auf dem Weg zu einer stärkeren Partizipation erwägen. Darüber hinaus könnte die Förderwürdigkeit von Organisationen der Zivilgesellschaft mit wissenschaftsnahen Tätigkeitsfeldern in den Ful-Programmen berücksichtigt werden, bspw. von Stiftungen, Redaktionen oder Archiven. Ebenfalls erscheint eine Förderung von Wissenschaftsorganisationen und Hochschulen sinnvoll, soweit deren Forschungsagenden geeignet sind, partizipativ im Dialog mit gesellschaftlichen Vertretern erarbeitet zu werden.





Jede Partizipation ist für die Mitwirkenden zeit- und arbeitsintensiv. Sie sollte deshalb nicht generell, sondern gezielt stattfinden. Sie sollte zusätzlich durch eine Anerkennungskultur getragen werden, z. B. durch die Auslobung entsprechender Preise, das Schaffen von (kommunalen) Engagement- und Lernorten oder durch eine finanzielle Anerkennung, die mit jener für die Schöffen bei Gericht vergleichbar sein könnte.

## Urteilskompetenz fördern, Wissenschaftskommunikation stärken

Eine neue Partizipationskultur erfordert neben einer hohen Urteilskompetenz auch die Fähigkeit zur kritischen Reflexion und zum systemischen Denken. Es ist Aufgabe der Bildungspolitik und des Wissenschaftssystems, die künftigen Generationen dazu zu befähigen. Die fachlichen Unterrichtsinhalte sind diesbezüglich zu stärken und um handlungs- und erfahrungsbezogene Lernprozesse zu ergänzen. Das Fachforum rät den Bildungseinrichtungen, partizipative Elemente methodisch in den Lernalltag zu integrieren, um so früh wie möglich eine Diskussions- (z. B. durch Debating Clubs) und Partizipationskultur (z. B. durch Schülerparlamente, Klassenräte) zu entwickeln.

Eine weitere Stärkung des Wissenschaftsjournalismus ist unabdingbar, um das Verständnis der Gesellschaft für wissenschaftliche Fakten und Ergebnisse zu erhöhen – und die Anliegen der Gesellschaft wirksamer in die Wissenschaft hineinzutragen. Den öffentlich-rechtlichen Medien wird empfohlen, ihre Wissenschaftsressorts zu stärken und so als positives Vorbild Zeichen zu setzen. Darüber hinaus gilt es, den Wissenschaftsjournalismus als spezifischen Teil der Journalistenausbildung an Hochschulen zu verankern und den Kompetenzausbau durch unabhängige Institutionen (z. B. Science Media Center) voranzutreiben.

Zur wissenschaftsnahen Kommunikation tragen außerdem Foren, Plattformen und Archive bei. Einen Beitrag zur gesellschaftlichen Einbindung in praxisnahe Forschung können darüber hinaus die Bürgerwissenschaften (Citizen Science) in der zweiten Phase des Ful-Prozesses leisten.

## Relevante Akteure identifizieren

Die gesellschaftliche Fachöffentlichkeit bringt neue, ergänzende Perspektiven in die Politikformulierung ein. Unklar ist jedoch oft, welche gesellschaftliche Organisation über welches Wissen und welche Kapazitäten zur Beteiligung an einem Agenda-Setting-Prozess verfügt. Welche Verbände, NGOs oder Stiftungen kommen als Ansprechpartner für partizipative Politikformulierung infrage? Bei der Auswahl sollten sämtliche Argumente und Aspekte berücksichtigt werden. Dazu sind Personen beziehungsweise Organisationen so auszuwählen, dass relevante advokatorische Sprecherrollen besetzt sind. Insbesondere empfiehlt es sich, bei der Auswahl auf sachorientierte und argumentative Kontexte zu achten.

Eine Bestandsaufnahme (Mapping) der organisierten Zivilgesellschaft, beispielsweise mit Angaben zu deren Kompetenz- und Themenprofilen (bspw. gespiegelt an den Themenfeldern der Hightech-Strategie), Mitgliederzahlen und Aktionsradius würde dieses Auswahlverfahren vereinfachen.

## Lernende Systeme aufbauen

Der Einsatz partizipativer Verfahren sollte durch ein kontinuierliches Monitoring und regelmäßige Evaluationen ausgewertet werden. Ziel sollte es sein, für die Ausgestaltung künftiger Verfahren aus den bereits gemachten Erfahrungen zu lernen.

## Gemeinsame Verhaltensregeln etablieren

Allseits akzeptierte Verhaltensregeln (Code of Conduct) für gesellschaftliche Partizipation an der Forschungs- und Wissenschaftspolitik sollten von Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Zivilgesellschaft gemeinsam erarbeitet, beschlossen und veröffentlicht werden, um Formate mit hoher Legitimation implementieren zu können.

## Bürokratie vermeiden

Partizipation darf nicht dazu führen, Innovationsprozesse unangemessen zu verlängern oder zusätzliche Verwaltungsprozesse und Auflagen in den Forschungseinrichtungen zu verankern. So sollen beispielsweise Rechenschaftsberichte zu partizipativen Elementen nur verlangt werden, wenn die Einrichtung von Partizipationsformaten im jeweiligen Kontext angemessen und sinnvoll ist. Der Aufwand, der mit einer Partizipation von Akteuren einhergeht, sollte unter Berücksichtigung der Kosten bei jeder Entwicklung von Partizipationsformaten beachtet und entsprechend abgewägt werden.



## 4 ERFOLGSVORAUSSETZUNGEN FÜR PARTIZIPATIVES AGENDA-SETTING

Partizipationsformate, die mit umfangreicher Mitsprache werben, aber nur wenig Einfluss auf tatsächliche politische Entscheidungen haben, führen leicht zu Enttäuschungen bei den Beteiligten (Partizipationsmüdigkeit, Particitainment). Die Beachtung folgender Erfolgsvoraussetzungen kann helfen, Partizipationsverdrossenheit zu verhüten:

### Partizipationsgegenstand definieren, relevante Akteure auswählen, umsetzbare Prozessziele formulieren

Zu Beginn eines Planungsprozesses gilt es, eine Sichtung (Scoping) vorzunehmen: Partizipationsgegenstand, die einzubindenden Akteure und die Art des abzufragenden Wissens sind einzugrenzen und umsetzbare Prozessziele zu formulieren. Dabei sind sach- und argumentationslogische Gesichtspunkte zu berücksichtigen. Der Gegenstand sollte einfach, verständlich und so ausführlich wie nötig dargestellt werden.

### Angemessenheit sicherstellen

Partizipationsmöglichkeiten sollten jenseits bereits gesetzlich bestehender Regelungen nur dort eingeräumt werden, wo sie zu einem effektiven und produktiven Ergebnis führen oder gesellschaftlich relevant sind. Die Formate müssen fallbasiert ausgewählt und angepasst werden.

### Ziele und Verfahrensregeln allen Beteiligten transparent kommunizieren und einhalten

Ziele, Verfahrensregeln, die einbezogenen Akteure und deren Mandate müssen allen Teilnehmenden von Beginn an transparent vermittelt werden. Vertrauen und Verlässlichkeit bilden zentrale Erfolgsvoraussetzungen. Einmal vereinbarte Regeln sind während des gesamten Prozesses einzuhalten.

## Kontroversen zulassen, Konsens ist nicht das Ziel

Das Ziel der Partizipation ist nicht zwingend, einen Konsens zu erreichen. Ein Konflikt sollte als produktives Element begriffen werden. Sinn der Partizipation ist auch, Interessen offenzulegen sowie Argumente und Gegenargumente kennenzulernen, ohne dabei lediglich Positionen durchsetzen zu wollen. Keinesfalls sollte das Ergebnis der Partizipation suggestiv vorweggenommen werden. Es geht nicht um das Erzielen von völliger Übereinstimmung, sondern um das Finden kreativer Ideen und origineller Lösungsansätze. Dies setzt voraus, dass neben dem Verfahren auch die Fragen entsprechend offen angelegt sind.

## Rollen und Erwartungen klären

Die Beteiligten sollten sich ihre jeweiligen Rollen und Erwartungen im Partizipationsprozess bewusst machen. Ziel eines solchen Prozesses sollte es sein, der Politik verschiedene Handlungsoptionen aufzuzeigen. Es obliegt dann jenen, die politische Entscheidungen treffen und verantworten, die Handlungsoptionen zu bewerten, abzuwägen und die jeweils am besten geeigneten auszuwählen. Dabei bleibt es der Politik vorbehalten, auf veränderte Rahmenbedingungen zu reagieren.

## Ergebnis- und Zugangsoffenheit sicherstellen, Begleitung durch eine neutrale Moderation

Das Verfahren sollte fair und ergebnisoffen durchgeführt und nicht von Partikularinteressen dominiert werden. Eine repräsentative Akteursauswahl (Repräsentation gesellschaftlicher Gruppen mit Blick auf relevante Sachargumente) und das Prozessdesign sind geeignet, dem entgegenzuwirken. Bei der Gestaltung des Prozesses sollte die Abstraktion einzelner Partikularinteressen auf eine Meta-Ebene – z. B. durch die Begleitung des Prozesses durch eine fachkundige, neutrale Person – vorgesehen werden. Ratsam ist, den Prozessschritt der Abstraktion der Impulse einem neutralen Akteur zu übertragen. Dabei ist es wichtig, die Kriterien für die Filterung der Beiträge im Sinne der Transparenz von Beginn an offenzulegen. Eine neutrale Außendarstellung kann außerdem durch eine externe, unabhängige Moderation der Veranstaltungen unterstützt werden. Allen relevanten Akteuren sollte der Prozess offenstehen, ggf. über ergänzende digitale Partizipationsmöglichkeiten.



## Ergebnisse rückkoppeln

Feedbackschleifen sind einzuplanen, die die eingebrachten Beiträge der Beteiligten sichtbar und deren Verwertung transparent und nachvollziehbar machen. Weicht die finale Entscheidung stark von den empfohlenen Ergebnissen des Partizipationsverfahrens ab, sollte dies hinreichend begründet werden.

## Adaptives Management, um auf veränderte Rahmenbedingungen reagieren zu können

Im Rahmen des Scoping sollte das Partizipationsverfahren prozessual flexibel gestaltet werden, um auf veränderte (gesellschaftliche und politische) Rahmenbedingungen reagieren zu können (Wertewandel, Veränderung des Beteiligungsgegenstands etc.).

## Motivation und Commitment

Partizipationsverfahren leben von einer hohen Motivation und großem Engagement der Beteiligten. Um neue Akteure zur Zusammenarbeit zu bewegen, sollten die Gestaltungsspielräume der Partizipationsverfahren verdeutlicht werden. Eine breite Außendarstellung des Prozesses eröffnet darüber hinaus neuen Akteuren den Zugang. Eine klare Kommunikation der Prozessschritte erhöht das Vertrauen in das Verfahren. Die Beteiligten identifizieren sich stärker mit dem Ergebnis der Beratungen durch Rückkopplungsschleifen mit den Partizipierenden, in denen die Verwertungsschritte der Beratung deutlich werden.

## 5. MEILENSTEINPLAN FÜR PARTIZIPATIVES AGENDA-SETTING

Die folgenden Meilensteine stellen eine themenoffene Anleitung für eine partizipative Politikformulierung dar. Sie kann bei der partizipativen Entwicklung von langfristigen Strategien ebenso Anwendung finden wie bei der Ausarbeitung konkreter Rahmenprogramme und Förderrichtlinien.

Die Meilensteine richten sich zum einen an Beauftragte aus Verwaltung, Politik, Wissenschaft und Wirtschaft, die ein partizipatives Verfahren aufsetzen wollen. Zum anderen adressiert der Leitfaden Vertreterinnen und Vertreter der Zivilgesellschaft, die sich an einem partizipativen Prozess zur Politikformulierung beteiligen wollen. Sie erhalten Einblicke in den Ablauf eines Partizipationsprozesses, die ihre Ressourcenplanung erleichtern und ihnen so eine bessere Integration ihrer Impulse für die Politikformulierung ermöglichen.

### 1 DEFINITION DES BERATUNGSBEDARFES UND DES THEMAS

Im ersten Schritt ist das Ziel des Partizipationsvorhabens zu definieren. Warum soll ein Dialog stattfinden? Die konkrete Fragestellung ist anschließend abzuleiten und der Umfang der Partizipation einzelner Statusgruppen zu begründen und zu beschließen.

### 2 MODELLAUSWAHL

Anhand des Zieles wird im zweiten Schritt die erforderliche Form von Wissen benannt, die in die Politikberatung einfließen soll. Grundlegend ist zu unterscheiden, ob Präferenzen, Interessen und Wertvorstellungen oder gesellschaftliches Fach- und Alltagswissen eingebracht werden sollen. Ferner ist zwischen dem strategischen und umsetzungsorientierten Partizipationsmodell zu wählen.

- Das **strategische Modell** trägt zur Problemdefinition für die zukünftige Politik auf der Strategieebene bei. Es bringt normatives Wissen, Meinungsbilder und Wertvorstellungen der Gesellschaft in den Prozess ein.
- Das **umsetzungsorientierte Modell** dient der Ausarbeitung politischer Steuerungsinstrumente auf der politischen Agenda-Ebene. Es integriert das konkrete Fachwissen der Gesellschaft.

### 3 KONZEPTION, AKTEURAUSWAHL UND FORMATE

Im nächsten Schritt sind eingangs die einzubeziehenden Akteure zu charakterisieren. Sollen einzelne gesellschaftliche oder zivilgesellschaftliche Akteure, Individuen oder die organisierte Zivilgesellschaft eingebunden werden? Während das strategische Modell alle relevanten Gesellschaftsgruppen und Sichtweisen repräsentativ in den Partizipationsprozess einbindet, sind nach dem umsetzungsorientierten Modell alle gesellschaftlichen Gruppen mit relevanten Sachargumenten einzubeziehen.

Wer zum Verfahren eingeladen wird, kann von den Prozessverantwortlichen (top-down) entschieden und begründet werden. Eine andere Möglichkeit besteht darin, der jeweiligen Fach-Community



(bottom-up) diese Entscheidung zu übertragen. Dies hat den Vorteil, dass zivilgesellschaftliche Organisationen, die den Ressorts bisher nicht bekannt waren, über ihre gesellschaftlichen Netzwerke an den Prozess herangeführt werden können. Es trägt somit zum Community Building bei. Alternativ kann auch eine Steuerungsgruppe für die Akteursauswahl eingerichtet werden.

Zur leichteren Identifizierung der relevanten Gruppen sollte eine Bestandsaufnahme (Mapping) aller organisierten zivilgesellschaftlichen Gruppen erstellt werden, die die Organisationen nach Rechtsform, Themenfeld, Aktionsradius und Mitgliederzahl auflistet. Anschließend ist das richtige Formate auszuwählen. Soll bspw. von Online-Konsultationen Gebrauch gemacht werden? Wie können deren Ergebnisse auf Präsenztermine einzahlen? Die Mobilität und der Digitalisierungsgrad der einzelnen Zielgruppen sind in diesem Schritt ebenso zu berücksichtigen wie die geografische Verteilung der Teilnehmenden, denen allen ein Zugang zum Partizipationsverfahren offen stehen sollte.

#### 4 DURCHFÜHRUNG

Im nächsten Schritt beginnt die Durchführung des Partizipationsverfahrens. Möglich für beide Modelle ist der Einstieg in die Diskussion mittels eines Impulsvortrages oder der Vorstellung von Umfrageergebnissen (z. B. von einer Online-Umfrage mit großem Teilnehmerkreis oder unter den Mitgliedern relevanter Organisationen). Für das strategische Modell kann der Meinungs austausch bspw. über spekulatives Design angestoßen werden.

Auf Basis der Umfrageergebnisse werden Diskussionsfragen hergeleitet. Ihre freie Erörterung sollte in der Herleitung von Handlungsoptionen münden. Abschließend können diese Handlungsmöglichkeiten unter Berücksichtigung potenzieller Auswahlkriterien von den Teilnehmenden priorisiert werden. Soll keine Priorisierung vorgenommen werden, können die Handlungsoptionen gegenübergestellt werden.

#### 5 ENTSCHEIDUNG DURCH DIE PROZESSVERANTWORTLICHEN

Anschließend folgt die Entscheidung durch die Prozessverantwortlichen über die zu implementierende Handlungsoption. Dazu erfolgt die Abwägung der vorgeschlagenen Handlungsoptionen unter Berücksichtigung der konkreten Umsetzungsbedingungen, bspw. des Finanzrahmens für die zu implementierende Maßnahme oder der Vereinbarkeit mit bestehenden politischen Missionen.

#### 6 RÜCKKOPPLUNG

Die anschließende Rückkopplung und Implementierung der Ergebnisse befasst sich mit der Übersetzung der Ergebnisse in die politische Strategie bzw. in das konkrete Förderprogramm und versucht die erhaltenen Impulse im Rahmen des politischen Gestaltungsspielraums umzusetzen. Im Sinne der Transparenz ist es wichtig, den Beteiligten im Anschluss darzulegen, wie ihre Ideen übertragen und umgesetzt wurden. Die Rückkopplung kann z. B. durch einen Online-Blog oder ein späteres Präsenztreffen geschehen.

Der gesamte Prozess ist als lernendes System zu konzipieren. Prozessverantwortlichen und Auftraggebern sollten Rückschlüsse für zukünftige Verfahren aus einem fortlaufenden Monitoring, aus Evaluationen oder einer Begleitforschung ziehen.

## Fazit und Ausblick

Die Partizipation gesellschaftlicher Akteure im innovationspolitischen Agenda-Setting trägt zu einer offenen Innovationskultur bei. Richtig eingesetzt, kann sie einen positiven Impuls zum Innovationsstandort Deutschland leisten. Sie eröffnet den Zugang zu gesellschaftlichen Wissensbeständen, gibt eine Orientierung, welchen Bedarfen die Innovationspolitik begegnen soll, weckt Interesse für Forschung und Innovation und ermöglicht eine bessere Kenntnis gesellschaftlicher Anliegen bzw. der mit den Anwendungshorizonten von Wissen verbundenen Kritiken und Sorgen. Gleichzeitig gilt es, die Grenzen der Partizipation zu beachten: Partizipationsprozesse verlangen den Einsatz von Zeit und Ressourcen bei allen Beteiligten. Insbesondere von Neugier getriebene, grundlagenorientierte Forschung benötigt wissenschaftliche Freiräume und die Entscheidungswege der parlamentarischen Demokratie sind einzuhalten.

Die Potenziale von Partizipation werden von der Politik und der Wissenschaft erkannt. Dies belegen einzelne Dialogverfahren des Bundes und der Länder und auch die Verortung des Themenfeldes in der aktuellen Hightech-Strategie. Um aber das Gesamtpotenzial zu heben, bedarf es einer ressortübergreifenden, einheitlichen Gesamtstrategie, die in gute Rahmenbedingungen für gesellschaftliche Partizipation eingebettet ist. Einem partizipativem forschungspolitischen Agenda-Setting kommt dabei eine besondere Relevanz zu: Gelingt es, mit hochwertigen Verfahren gesellschaftliche Bedarfe bereits am Anfang des Ful-Prozesses in die Politikformulierung einfließen zu lassen, ist ein wichtiger Grundstein für gesellschaftliche Partizipation im weiteren Forschungs- und Innovationsprozess gelegt.

Wie kann der Wissensschatz der Gesellschaft in die Formulierung von forschungs- und innovationspolitischen Agenden einfließen? Durch Partizipationsverfahren können politische Entscheidungsträger mit gesellschaftlichen Gruppen, Wissenschafts- und Wirtschaftsvertretern in den Dialog treten. Dabei ist es wichtig, die Erwartungen aller Beteiligten an die Verfahren nicht zu überhöhen. Gemeinsames Ziel sollte es sein, der Politik Handlungsoptionen aufzuzeigen, nicht Einzelinteressen durchzusetzen. Dies gelingt, wenn die Partizipationsverfahren ergebnisoffen und transparent angelegt sind, angemessene Ziele von Beginn an formuliert werden und auf die Anschlussfähigkeit der Ergebnisse an die Verwertungsprozesse geachtet wird.

In Zukunft gilt es, die Chancen innovativer, digitaler Partizipationsmöglichkeiten noch stärker zu nutzen. Durch intelligente Informationsverarbeitung helfen sie, die Vielfalt an Wissen und Werturteilen in der Bevölkerung zu bündeln und damit für den politischen Prozess zu erschließen. Sie ermöglichen gleichzeitig, mit geringem Kostenaufwand neue Interaktionswege zwischen den unterschiedlichen Personen- und Interessensgruppen zu erschließen. Dafür sollten neue, hybride Formate entwickelt werden, die keine relevanten Akteursgruppen aufgrund des Einsatzes der erforderlichen digitalen Kompetenzen und Ressourcen ausgrenzen.



### MITGLIEDER DES FACHFORUMS

- **Prof. Dr. Angela D. Friederici**, Direktorin des Max-Planck-Instituts für Kognitions- und Neurowissenschaften und Vizepräsidentin der Max-Planck-Gesellschaft
- **PD Dr. Ansgar Klein**, Geschäftsführer Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE) und Privatdozent für Politikwissenschaft an der Humboldt-Universität zu Berlin
- **Dr. Wilhelm Krull**, Generalsekretär der VolkswagenStiftung, Sprecher des Fachforums ‚Partizipation und Transparenz‘
- **Christian Vollmann**, Vorstandsmitglied des Bundesverbands Deutsche Startups e.V.

### HINZUGEZOGENE EXPERTINNEN UND EXPERTEN AUS WISSENSCHAFT UND PRAXIS

- **Prof. Dr. Helmut Anheier**, Hertie School of Governance
- **Prof. Dr. Claudia Binder**, Department für Geographie, Ludwig-Maximilians-Universität München
- **Prof. Dr. Gerd Gigerenzer**, Direktor am Max-Planck-Institut für Bildungsforschung in Berlin
- **Joachim Hahn**, Leiter des Amtes für Stadtentwicklung und Statistik, Stadt Heidelberg
- **Prof. Dr. Stefan Kuhlmann**, School of Management and Governance, Universität Twente
- **Prof. Dr. Ralf Lindner**, Competence Center Emerging Technologies, Fraunhofer ISI
- **Prof. Dr. Claus Leggewie**, Direktor des Kulturwissenschaftlichen Instituts in Essen
- **Dr. Nadine Müller**, Referentin im Bereich Innovation und Gute Arbeit, ver.di
- **Sandra Naumann**, Ecologic Institute
- **Dr. Steffi Ober**, Zivilgesellschaftliche Plattform Forschungswende
- **Cornelia Reimoser**, Nachhaltigkeitsbeauftragte, Zentrale der Fraunhofer-Gesellschaft
- **Prof. Dr. Roland Roth**, Professor für Politikwissenschaften, Forschungsschwerpunkt Partizipationsforschung, Hochschule Magdeburg-Stendal
- **Prof. Dr. Ingrid Schneider**, Forschungsschwerpunkt Biotechnik, Gesellschaft und Umwelt, Fachgruppe Medizin, Universität Hamburg
- **Prof. Dr. Uwe Schneidewind**, Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie
- **Markus Weißkopf**, Geschäftsführer Wissenschaft im Dialog
- **Dr. Marc-Denis Weitze**, Leiter Technikkommunikation, acatech
- **Ricarda Ziegler**, persönliche Referentin des Geschäftsführers, Wissenschaft im Dialog

### HINZUGEZOGENE VERTRETERINNEN UND VERTRETER DER MINISTERIEN UND PROJEKTRÄGER

- **Bärbel Brumme-Bothe**, Leiterin der Abteilung ‚Lebenswissenschaften – Forschung für Gesundheit‘ am BMBF
- **Nicole Burkhardt**, Leiterin des Referates ‚Strategische Vorausschau; Wissenschaftskommunikation‘ am BMBF
- **Dr. Volkmar Dietz**, Leiter des Referates ‚Grundsatzfragen Nachhaltigkeit, Klima, Energie‘ am BMBF
- **Dr. Karl-Eugen Huthmacher**, Leiter der Abteilung ‚Zukunftsvorsorge – Forschung für Grundlagen und Nachhaltigkeit‘ am BMBF
- **Melanie Liebscher**, Referat ‚Strategische Vorausschau und Wissenschaftskommunikation‘ am BMBF
- **Kerstin Lorenz**, Projektträger Jülich
- **Andrea Noske**, Leiterin des Referates ‚Bioökonomie‘ am BMBF
- **Dr. Christian Stienen**, Leiter des Projektträgers Jülich
- **Dr. Rudolf Straub**, Leiter des Geschäftsbereichs ‚Bioökonomie‘, Projektträger Jülich
- **Wanda Werner**, Referat ‚Grundsatzfragen der nationalen und internationalen Innovations- und Technologiepolitik‘ am BMWi
- **Dr. Katja Zboralski**, Referat ‚Bioökonomie‘ am BMBF

### REDAKTION

- **Dr. Thomas Brunotte**  
Referent des Generalsekretärs, VolkswagenStiftung
- **Martin Burwitz**  
Leitender Referent der Online-Redaktion, Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement
- **Mirco Dragowski**  
Geschäftsführer des Bundesverband Deutsche Startups e.V.
- **Dr. Christine Gieraths**  
Stabsstelle Wissenschaftssystem, Forschungspolitik, Max-Planck-Gesellschaft
- **Christin Skiera**  
wissenschaftliche Referentin, Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft, Geschäftsstelle Hightech-Forum

### DANKSAGUNG

Das Fachforum dankt den hinzugezogenen Expertinnen und Experten, die dem Fachforum als Impulsgeber und Gesprächspartner zur Verfügung standen, für ihre wertvollen Impulse und ihre Unterstützung.





## IMPRESSUM

### Herausgeber

Fachforum Partizipation und Transparenz des Hightech-Forums

### Layout und Satz

Vierthaler & Braun, Visuelle Kommunikation, München

### Abbildungen und Illustrationen

Titelbild © istock, Composing Vierthaler & Braun

### Druck

Gotteswinter und Aumaier GmbH, München

### Kontakt

Geschäftsstelle Hightech-Forum  
Anna-Louisa-Karsch-Str. 2 | 10178 Berlin | kontakt@hightech-forum.de

### Vorgeschlagene Zitierweise

Fachforum Partizipation und Transparenz des Hightech-Forums:  
*Partizipatives Agenda-Setting –  
Gesellschaft an Forschung und Innovation beteiligen*  
Berlin, April 2017

### Redaktionsschluss

April 2017

Dieses Werk ist einschließlich aller seine Teile urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die über die engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes hinausgeht, ist ohne schriftliche Zustimmung des Herausgebers unzulässig. Herausgeber und Autoren übernehmen keine Haftung für inhaltliche oder drucktechnische Fehler.

Papier aus verantwortungsvollen Quellen, klimaneutral gedruckt.

